

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/78

25. April 1977

Die eigentliche Bewährungsprobe steht noch bevor

Genügende Anzahl guter Ausbildungsplätze ist der Maßstab

Von Helmut Rohde MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und SPD-
Vorstandsmitglied

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Die merkwürdigen Kostendämpfer der Union

Anmerkungen zur Debatte um das künftige Steigen der
Arzthonorare

Von Egon Lutz MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in
der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Flugsicherheit für parteipolitisches Kapital ungeeignet

Vom Ansteigen des Sicherheitsrisikos kann keine Rede
sein

Von Bruno Wiefel MdB
Mitglied des Verkehrsausschusses im Bundestag

Seite 5 / 40 Zeilen

Zukunftsorientierte Gesundheitspolitik

Betrachtungen zum Bundeskongress der ASG in Bremen

Von Herbert Brückner
Senator für Gesundheit und Umweltschutz in Bremen und
Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz der Länder

Seite 6 und 7 / 76 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 35/38
Telex: 25 65 046-46 ppkn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 69 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die eigentliche Bewährungsprobe steht noch bevor

Genügende Anzahl guter Ausbildungsplätze ist der Maßstab

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und SPD-Vorstandsmitglied

Eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben in diesem und in den kommenden Jahren ist es, für die Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen eine genügende Anzahl guter Ausbildungsplätze zu schaffen. Dabei gilt die besondere Aufmerksamkeit der Bundesregierung der größten Gruppe der jungen Menschen, nämlich jenen knapp 70 Prozent, die heute über die berufliche Bildung in das Arbeitsleben eintreten.

Die von der sozialliberalen Koalition eingeleitete Kurskorrektur zugunsten der beruflichen Bildung hat ihren deutlichsten Niederschlag im Ausbildungsplatzförderungsgesetz und in den stark gestiegenen Ausgaben der Öffentlichen Hand für diesen Bereich gefunden. Standen beispielsweise 1973 im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft für Maßnahmen der beruflichen Bildung 30 Millionen DM zur Verfügung, so mobilisiert er heute mittelfristig rund 2,3 Milliarden DM.

Diese Entwicklung zeigt: Die berufliche Bildung ist aus ihrem früheren Schattendasein heraus. Sie hat im Bewußtsein der Bevölkerung und im Handeln der Beteiligten eine Aufwertung erfahren. Doch täuschen wir uns nicht - die eigentliche Bewährungsprobe steht noch bevor. Allein bis 1980 müssen rund 200.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, um die berechtigten Ansprüche der Jugendlichen zu erfüllen.

In den vergangenen Wochen hat es eine lebhafte Diskussion über die Zusicherung der Wirtschaft gegeben, in diesem Jahr rund 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung hat klargestellt, daß die Wirtschaft damit gegenüber den Jugendlichen im Wort steht. Einen Blankoscheck gibt es nicht.

Das Angebot der Wirtschaft ist eine Zusage, die unter den Normen des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes steht und jetzt in die Praxis umgesetzt werden muß. Sollte die tatsächliche Entwicklung anders verlaufen, so wird die Bundesregierung den nächsten Berufsbildungsbericht vorziehen und das Verfahren für die Finanzierungsregelung schnellstens in Gang setzen.

Im Schatten der jüngsten Diskussion ist unberechtigtweise die Tatsache geblieben, daß der Bund selbst erhebliche Leistungen zum Ausbau des beruflichen Bildungswesens erbringt. Durch die Entscheidungen im Haushalt und im Infrastrukturprogramm sind die Voraussetzungen für den Ausbau berufsbildender Einrichtungen wesentlich verbessert worden. Zusammen mit den

entsprechenden Mitteln der Länder werden bis einschließlich 1980 - wie gesagt - rund 2,3 Milliarden DM für diesen Zweck bereitgestellt. Damit sollen vor allem überbetriebliche Ausbildungsstätten, Berufsschulen und Berufsfachschulen gebaut und eingerichtet werden.

Im einzelnen sind vorgesehen:

- 1,3 Milliarden DM für den zusätzlichen Ausbau beruflicher Schulen, der je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern finanziert wird. Besondere Schwerpunkte sind dabei das Berufsgrundbildungsjahr und die Berufsfachschulen.
- 700 Millionen DM für überbetriebliche Ausbildungsstätten, deren Schaffung der Bund mit der Übernahme von bis zu 50 Prozent der Kosten fördert. Ziel dieses Programms ist es, bis 1979 insgesamt 50.000 überbetriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen.
- 300 Millionen DM, die vom Bund und von den Ländern für Modellversuche und für die Entwicklung neuer Ausbildungswege sowie für regionale Fördermaßnahmen und Sonderprogramme aufgebracht werden.

Bei der Vergabe dieser Mittel hat und wird die Bundesregierung auch weiterhin besonders darauf achten, daß die Ausbildungschancen der Jugendlichen in ländlichen Gebieten und strukturschwachen Regionen oder in Gebieten mit wirtschaftlicher Monostruktur verbessert werden. Es kommt darauf an, regionale Ungleichgewichte abzubauen, die zu Lasten der Jugendlichen gehen.

Für die Entwicklung der Inhalte und für eine Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung hat die Bundesregierung das Bundesinstitut für Berufsbildung geschaffen. Damit gibt es zum ersten Mal eine gemeinsame Adresse für alle an der beruflichen Bildung Beteiligten. Im Hauptausschuß dieses Instituts sitzen Bund und Länder, Gewerkschaften und Arbeitgeber in gleich starker Besetzung. Zudem kann sich das Institut auf eine ausgebaute Berufsausbildungsforschung stützen.

Eine wesentliche Aufgabe des Bundesinstituts ist die Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen; In den vergangenen Jahren sind zur Sicherung der Qualität bereits über 100 Ausbildungsordnungen für mehr als 600.000 Jugendliche erarbeitet worden. Jetzt gilt es vor allem, eine bessere Abstimmung der betrieblichen Ausbildungsinhalte und der Rahmenlehrpläne der Berufsschulen zu erreichen. Hier liegt ein großes Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre.

Die Bundesregierung will die berufliche Bildung zu einem gleichwertigen Bestandteil unseres Gesamtbildungssystems weiterentwickeln. Alle Beteiligten sind dabei zu konstruktiver Mitarbeit aufgerufen.

Der eingeschlagene Weg muß im Interesse der Mehrheit der jungen Menschen in der Bundesrepublik konsequent weitergegangen werden. Nicht zuletzt hängen auch die Zukunftschancen unseres hochentwickelten Industrielandes, das sich unter den Bedingungen neuer weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung behaupten muß, entscheidend von der Qualifikation unserer Erwerbstätigen ab. Investitionen in die berufliche Bildung sind damit auch Investitionen in die Zukunft der Bundesrepublik.

(-/25.4.1977/vc-ha/ja)

+ + +

Die merkwürdigen Kostendämpfer der Union

Anmerkungen zur Debatte um das künftige Steigen der Arzthonorare

Van Egon Lutz MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in der
Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung

Wenn es darum geht, Deutschlands höchstverdienendem Berufsstand vor finanzieller Unbill zu bewahren, kennt die Fürsorge einiger Unions-Politiker kaum Grenzen. Das wurde bei der Beratung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung wieder einmal sichtbar unter Beweis gestellt. Es ging um die Frage, die Entwicklung der Arzthonorare künftig an allgemeine gesamtwirtschaftliche Kriterien zu binden, um zu verhindern, daß sie mit schöner Regelmäßigkeit schneller steigen als die Einkommen aller übrigen Erwerbstätigen.

Der Regierungsentwurf stellt dazu fest, daß bei der Veränderung der Gesamtvergütung gesamtwirtschaftliche Kriterien, die zu erwartende Entwicklung der Praxiskosten, die Arbeitszeit der Ärzte sowie Art und Umfang der ärztlichen Leistungen, die vom Gesetzgeber beschlossen wurden, zu berücksichtigen sind. Damit könnte man leben. Zeigt doch schon der Katalog, daß die Ärzte der einzige Berufsstand in der Bundesrepublik sind, dem vom Gesetzgeber nicht nur der Besitzstand, sondern auch noch die Bedingungen für die Verbesserung desselben garantiert werden.

Einigen Unions-Politikern schien das nicht ausreichend zu sein. Haarsträubende Vorschläge wurden in die Debatte geworfen, so zum Beispiel der, bei wachsender Zahl der Ärzte müsse auch die Gesamtvergütung steigen, die Aufwendungen für Investitionen in der Praxis seien zu berücksichtigen, man müsse darauf achten, daß auch Epidemien einkommensteigernde Wirkungen haben müßten und ähnliches.

Den sozialdemokratischen Mitgliedern im Ausschuß brach fast das Herz, als sie diesen Vorschlägen der Opposition lauschten. Und sie machten eine Gegenrechnung auf:

- 1/ Es ist ohnehin eine Todsünde wider den Geist der Marktwirtschaft, daß es eine einzige Berufsgruppe in der Bundesrepublik gibt, der

per Gesetz steigende Jahreseinkommen garantiert werden. Kein einziger Arbeitnehmer hat diese Garantie und auch die Spitzenmänner der Wirtschaft würden sich kaum unglücklich zeigen, falls ihnen jemand so etwas garantieren wollte.

- 2/ Keinem einzigen Unternehmen in der Bundesrepublik wird garantiert, daß es seine steigenden Betriebsunkosten auf den Preis abwälzen kann und der Nachfrager dafür zu haften hat. Das wäre eine merkwürdige Form von Wettbewerb, und sie wäre volkswirtschaftlich blanker Unsinn.
- 3/ Das vollkommene Chaos bräche aus, wenn man per Gesetz statuierte, jede Vermehrung der Zahl der Ärzte müsse mit einer Erhöhung der Gesamtvergütung beantwortet werden, damit die Ärzte bei sinkender beruflicher Inanspruchnahme zumindest steigende Einkünfte haben.
- 4/ Der Ärztestand ist ohnehin ein begnadeter Berufsstand. Anfangs der fünfziger Jahre, der Selbstdarstellung der Verbände folgend, unterbezahlt und überlastet, haben die Ärzte seitdem, ihren Abrechnungen zufolge, noch einmal erhebliche Arbeitskraftreserven mobilisieren können. Schlichte Frage: Was wird wohl in der Wirtschaft geschehen, wenn eine Arbeitnehmergruppe permanent den Akkord mit 200 oder 250 Prozent überschreiten würde? Antwort: Man würde den Akkord ändern - und das wäre wohl auch von Arbeitnehmerseite mit einleuchtenden Gründen kaum zu verhindern.

Um es zusammenfassend zu sagen: Das derzeitige Arzteinkommen wird nicht angetastet - es wird sozusagen vom Gesetzgeber ausdrücklich tabuisiert. Die Einkommen werden weiter steigen - auch das sichert der Gesetzgeber den Ärzten zu, wenn auch nicht im Tempo der letzten Jahre. Es bedarf also keiner weiteren Vorstöße der Opposition, um unsere Ärzteschaft vor der Verelendung zu bewahren. (-/25.4.1977/vd-he/10)

+ + +

Flugsicherheit für parteipolitisches Kapital ungeeignet

Vom Ansteigen des Sicherheitsrisikos kann keine Rede sein

Von Bruno Wiefel MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses im Bundestag

Das Thema Sicherheit im Luftraum ist viel zu ernst, als das hier versucht werden könnte, vordergründig parteipolitisches Kapital herauszuschlagen und die Öffentlichkeit zu verunsichern, wie dies durch die jüngsten Äußerungen des CDU-Abgeordneten Ferdinand Tillmann geschehen ist. Es ist schon verwunderlich, daß jetzt auch die Opposition im Deutschen Bundestag in gleicher Weise wie die ihre Verbandsinteressen verfolgenden Fluglotsen in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken versucht, die Sicherheit im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland gehe zurück und die Bundesregierung ergreife nicht die notwendigen Maßnahmen.

Das Gegenteil ist der Fall. Nach den neuesten Zahlen der Bundesanstalt für Flugsicherung sind ihr bis zum 20. April 1977 20 Prozent weniger gefährliche Situationen gemeldet worden als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß diese Meldungen auf ihren tatsächlichen Gefährdungsgrad noch nicht überprüft worden sind. Dies beweist klar, daß von einem Ansteigen des Sicherheitsrisikos nicht gesprochen werden kann.

Auch die bisher verwirklichten Maßnahmen aus dem von den Bundesministern für Verkehr und Verteidigung im Februar 1976 vorgelegten 18-Punkte-Programm zur Erhöhung der Sicherheit haben bereits zu einer erfreulichen Verbesserung geführt. So sind im Luftraum oberhalb 3.000 m die gefährlichen Begegnungen zwischen Passagiermaschinen und militärischen Strahlflugzeugen um mehr als 60 Prozent zurückgegangen. Nunmehr kommt es darauf an, die noch bestehenden schwierigen Probleme zu lösen.

Dies sind u.a.: Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Flugsicherung und Luftverteidigung; Erhöhung der Sicherheit für die Passagierflugzeuge im Flughafenbereich; Verbesserung der Ausbildung, Aufklärung und Aufsicht im Bereich des Flugbetriebes mit zivilen Leichtflugzeugen.

Die Bundesregierung braucht hierfür die verständnisvolle Unterstützung der Öffentlichkeit und aller Beteiligten und nicht zuletzt die des Parlaments. Die SPD-Fraktion wird daher nicht eher ruhen, bis alle Sicherheitsprobleme gelöst sind. Die Aufmerksamkeit der Fraktion gilt der Sicherheit im Flugverkehr. Das Schüren von Ängsten ist nicht ihr Geschäft.

Nicht hilfreich ist das polemische Lamentieren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Opposition muß mit ihren Widersprüchlichkeiten selbst ins Reine kommen. Es geht nicht an, einerseits das Verhalten der Lotsen zu kritisieren und andererseits zu beanstanden, wenn die Beamten der Flugsicherung von ihren Vorgesetzten auf ihre Dienstpflichten hingewiesen werden. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt daher die Klarstellung der Bundesregierung, daß über die Bundesanstalt für Flugsicherung jeder Vorfall - noch vor einer Überprüfung - amtlich bekanntgegeben wird. (-/25.4.1977/vo-he/ja)

+ + +

Zukunftsorientierte Gesundheitspolitik

Betrachtungen zum Bundeskongress der ASG in Bremen

Von Herbert Brückner

Senator für Gesundheit und Umweltschutz in Bremen und
Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz der Länder

In eindrucksvoller Weise hat der 15. Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) am Wochenende in Bremen die Entschlossenheit von Sozialdemokraten bekräftigt, auch angesichts wirtschaftlicher Zwänge und ungünstiger ökonomischer Rahmenbedingungen an einer Politik sozialer Reformen festzuhalten. Ihr Bekenntnis zugunsten einer Politik, die sich nicht darin erschöpft, Erreichtes zu behaupten, sondern die sich kraftvoll dazu bekennet, unseren der sozialen Gerechtigkeit verpflichteten Staat weiter auszubauen und zu festigen, kleideten die rund 80 Delegierten in zwei Anträge, die sozialdemokratische Positionen als Appell an Bundesregierung und SPD-Bundestagsfraktion richten. Es sind Appelle, die mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß sich die mit dem Kostendämpfungsgesetz begonnenen Reformen im Gesundheitswesen nicht in einem Konsolidierungsprogramm für ein finanziell marodes Gesundheitssystem erschöpfen, sondern einmünden in eine offensive zukunftsorientierte Gesundheitspolitik.

Zukunftsorientierte Gesundheitspolitik indessen muß nach Meinung der Delegierten mehr sein, als der mit dem Kostendämpfungsgesetz eingeleitete Versuch, den finanziellen Wildwuchs und die ökonomischen Schwächen unseres Gesundheitssystems zu bekämpfen. Zukunftsorientierte Gesundheitspolitik bedingt mehr, als die Entschlossenheit, mit der durch mangelnde Transparenz auf dem Gesundheitsmarkt verursachten Verschleuderung unververtretbaren Volkervermögens Schluß zu machen.

Die Gesundheitspolitik in der Bundesrepublik braucht - dies die Auffassung des ASG-Bundeskongresses - dringend eine Akzentverschiebung, wenn die mit dem Kostendämpfungsgesetz eingeleitete Überwindung der Kostenexplosion - angesichts der steigenden Krankheitsziffern in unserem Land - nicht durch eine Ära der Patienteninflation abgelöst werden soll. Nachdrücklich weist ein vom ASG-Vorstand eingebrachter und von den Delegierten ohne Gegenstimme angenommener Antrag die Bundesregierung denn auch auf das Fehlen einer entwicklungsfähigen Präventivmedizin in der Bundesrepublik und darauf hin, daß es an der Zeit sei, neben die hochentwickelte kurative Medizin schwerpunktmäßig die vorsorgende Gesundheitspolitik zu setzen, wenn das Ziel der Kostenentlastung im Gesundheitsbereich langfristig gesichert und der Anspruch der Bevölkerung auf Gesundheit verwirklicht werden soll.

Eindämmung der krankmachenden Faktoren, vor allem im Arbeitsleben und im Freizeitverhalten - Aufdeckung und Ausschaltung von Risikofaktoren in

der individuellen Lebensweise durch Vorsorgeprogramme - und Ausbau der Früherkennungsuntersuchungen gegen chronische Krankheiten: Dies sind die zentralen Thesen, die der ASG-Bundeskongreß als Aufforderung zum Handeln an Partei, Bundesregierung und Bundestagsfraktion richtete.

Die Tatsache, daß sich von Antje Huber über Hans Koehnack bis zu Olaf Sund alle in der politischen Verantwortung stehenden ASG-Gastreferenten zur Notwendigkeit der Ergänzung des Kostendämpfungsgesetzes durch eine strukturgestaltende Neuorientierung der Gesundheitspolitik bekannten, hat den ASG-Delegierten Mut gemacht. Mut, daß ihre von Sachverstand und Verantwortung getragenen Forderungen von den Entscheidungsgremien in Partei und Regierung gehört, verstanden und in aktive Politik umgesetzt werden. Mut aber auch in der Überzeugung, daß Sozialdemokraten jeden Versuch sozialer Demontage, wie er von FDP-Politikern durch die Wiederbelebung der Selbstbeteiligungsmodelle in die Diskussion gebracht worden ist, entschieden zurückweisen und verhindern werden.

Die Einführung einer Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen, die vor die Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen finanzielle Hürden oder Sperren aufbaut, reißt - dies bleibt auch nach dem ASG-Kongreß die unerschütterliche Position von Sozialdemokraten - Löcher in unser international gerühmtes Netz der sozialen Sicherheit und legt die Axt an den Stamm des Prinzips unserer Solidargemeinschaft, in der der gesunde für den kranken Mitbürger mitverantwortlich ist. Selbstbeteiligungsexperimente, wie sie Graf Lambsdorff im Namen des liberalen Koalitionspartners propagiert, gehören daher in die Rumpelkammer einer reaktionären Gesundheitspolitik.

Sozialdemokraten werden sich auch in Koalitionskompromissen nicht den Grundsatz abhandeln lassen, daß in einem der sozialen Gerechtigkeit verpflichteten Staat die finanzielle Leistungsfähigkeit des einzelnen Bürgers nicht zum Kriterium werden kann und darf und nicht zum Kriterium wird, so lange Sozialdemokraten in diesem Land Regierungsverantwortung tragen.

Mit dieser Standortbestimmung hat der ASG-Bundeskongreß erneut die ungebrochene Kraft der Sozialdemokratie unterstrichen, den sozialen Staat auch über den Tag hinaus und auch angesichts wirtschaftlicher Zwänge zu sichern und auszubauen. Sozialpolitik ist und bleibt die Domäne von Sozialdemokraten. Es wird jetzt darauf ankommen, den Bürgern und auch den Koalitionspartnern die unverzichtbaren sozialdemokratischen Positionen in der Gesundheits- und Sozialpolitik deutlich zu machen. Gleichzeitig ist der Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsgemeinschaften und Parteigremien auf der einen Seite sowie sozialdemokratischen Gesundheitspolitikern in Exekutive und Legislative zu erweitern. (-/25.4.1977/va-he/1c)